

Antrag
(Alternativantrag)

der Fraktion der CDU

zu dem Antrag der Fraktion der AfD
- Drucksache 7/2989 -
60 Jahre Mauerbau: Thüringen soll des schicksalhaften
Ereignisses und der Opfer von Mauer, Stacheldraht und
Schießbefehl würdig gedenken

Angemessene Erinnerung an die Opfer des SED-Un-
rechtsstaats anlässlich des von der SED veranlassten
Baus der Berliner Mauer vor 60 Jahren

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, dem Landtag bis zum 30. Juni 2021 ein Konzept zur Erinnerung an die Opfer des DDR-Unrechtsstaats vorzulegen und es im Landtag anlässlich des Baus der Berliner Mauer vor 60 Jahren zur Diskussion zu stellen. Dabei sind insbesondere folgende Punkte zu berücksichtigen:

1. Das Gesamtkonzept soll unter Einbeziehung des Geschichtsverbunds Thüringen, der Arbeitsgemeinschaft zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, des Landesbeauftragten des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Stiftung Ettersberg erarbeitet werden und öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen zur Erinnerung an die mindestens 3,515 Millionen Opfer von DDR/SED-Unrecht enthalten, darunter 1.722 Tote und 42.700 körperlich Versehrte.
2. Der zeitlich-historische Rahmen dieses Konzepts sowie der zu planenden Erinnerungsveranstaltungen soll sich auf die in der Sowjetische Besatzungszone (SBZ) und in der DDR begangenen Unrechts-taten erstrecken. Im Zentrum sollen das Ereignis des Mauerbaus vom 13. August 1961 aber auch wesentliche Aspekte der Friedlichen Revolution, durch die im Ergebnis unter anderem das DDR-Grenzregime beziehungsweise die Berliner Mauer am 9. November 1989 zu Fall gebracht werden konnte, stehen.
3. Einbezogen werden sollen sämtliche Opfergruppen, deren Existenz, Leben und Freiheit durch das SED-Regime beeinträchtigt worden sind. Die an der Staatsgrenze Getöteten (laut "Arbeitsgemeinschaft 13. August" 1.303 "Mauertote") und andere besonders Betroffene des DDR-Grenzregimes, wie zum Beispiel die Opfergruppe der Zwangs-

ausgesiedelten, sollen in den Mittelpunkt gerückt werden, ohne dabei jedoch diejenigen Opfer auszuklammern, die ebenfalls der diktatorischen Willkür ausgesetzt waren. Dafür sind geeignete Formate vorzuschlagen.

4. Für ausstehende Investitionen und Projektförderungen in Gedenkstätten mit Bezug zu Opfern des DDR-Grenzregimes ist der aktuelle Planungsstand vorzulegen.
5. Das Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien und die Landeszentrale für politische Bildung sollen Veranstaltungsformate und Informationsmaterialien für ein junges Publikum entwickeln, um die Auswirkungen des SED-Herrschaftssystems auf die Bürgerinnen und Bürger der DDR in der Zeit nach dem Bau der Berliner Mauer zu vermitteln. Die Verweigerung elementarer Freiheiten und demokratischer Rechte sollen dabei im Mittelpunkt stehen.
6. Zur Erinnerung an den Bau der Berliner Mauer und ihren Fall im Ergebnis der Friedlichen Revolution sind mit dem Freistaat Bayern sowie den Ländern Hessen und Niedersachsen gemeinsame Veranstaltungen und Aufarbeitungsprojekte durchzuführen. Die Konsequenzen des unmenschlichen Grenzregimes, aber auch die Grenzöffnung in den jeweiligen Grenzorten sollen dabei besonders berücksichtigt werden.

Begründung:

Mit dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 musste die SED-Führung sich und der Weltöffentlichkeit endgültig eingestehen, dass sie für ihr sozialistisches Modell weder den Rückhalt in der eigenen Bevölkerung, noch eine demokratische Legitimation hatte. Vielmehr wurde durch den Bau der Berliner Mauer offenbar, dass die Herrschaft der SED lediglich auf Zwang und der Unterbindung von Fluchtmöglichkeiten beruhte. Neben den speziellen Grenz Museen, in denen das unmenschliche Grenzregime einem breiten interessierten Publikum vermittelt wird, zeugen noch heute zahlreiche Gedenkstätten von der Brutalität und der Willkür des SED-Unrechtssystems. An sämtliche seiner Opfer, aber auch an den Mut der Bürgerinnen und Bürger ist insgesamt zu erinnern, die im Laufe der Friedlichen Revolution 1989/1990 die Mauer zum Einfall brachten und damit die SED-Diktatur bezwangen. Sie schufen damit die Voraussetzung für eine freiheitlich demokratische Ordnung, die Wiedergründung Thüringens und die Wiedervereinigung Deutschlands. Diese Erinnerung ist eine beständige staatspolitische Aufgabe, die eine Selbstverständlichkeit sein sollte.

Für die Fraktion:

Bühl